

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke****Stärkung der politischen Bildung in Schulen**

Die Linke teilt die Auffassung der Antragstellerinnen, dass der politischen Bildung an Schulen eine zentrale Rolle in der demokratischen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zukommt. Demokratisches, auf die Einbeziehung und Achtung aller zielendes Verhalten lässt sich aber nicht abstrakt vermitteln, sondern ist nur im Zusammenleben erfahrbar. Dieses Lernen findet also nicht nur im Politikunterricht statt, sondern betrifft das Schulleben als Ganzes. Ein Konzept für politische Bildung, das nur auf den Politikunterricht zielt, reicht daher nicht aus. Alle Fächer müssen mit einbezogen werden, und es muss darauf geachtet werden, dass ein gleichberechtigter Umgang, Offenheit und Mitwirkung von Schülern/-innen im gesamten Schulalltag praktiziert werden.

Ein wichtiges Moment politischer Bildung ist die Mitwirkung der Schülerinnen und Schüler am Schulleben, wie sie in den Gesetzen vorgesehen ist. Diese muss vonseiten der Schulen gestützt und gefördert werden. Ein Konzept politischer Bildung an Schulen muss dies berücksichtigen.

Veranstaltungen externer Anbieter, wie z. B. der DGB-Jugend oder des Lidice-Hauses, leisten einen wertvollen Beitrag zur politischen Bildung. Hier kann in hierarchiefreien Räumen außerhalb des Schulalltags und ohne Notendruck Partizipation und Kritikfähigkeit geübt werden. Politische Bildung an Schulen sollte auf solche Angebote verstärkt zurückgreifen.

Auch muss sichergestellt werden, dass im Rahmen des Politikunterrichts die Akteurinnen und Akteure des demokratischen Lebens nicht nur über schulischen Unterricht, sondern durch direkte Kontakte vor Ort erlebbar werden.

Daher möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, ein Konzept zur Stärkung der politischen Bildung an den Schulen des Landes Bremen, insbesondere der Sekundarstufen I und II, zu entwickeln und bis zum Schuljahresende der Bürgerschaft (Landtag) vorzulegen. Dabei ist zu berücksichtigen:

1. **Demokratie an der Schule:** Neben dem Politikunterricht soll mit diesem Konzept das gesamte Schulleben in den Blick genommen werden, insbesondere Toleranz und Mitbestimmung müssen in allen Fächern vermittelt und gelebt werden. Das Konzept muss deshalb auch die Umsetzung und Stärkung der Mitbestimmungsrechte von Schülerinnen und Schülern zum Ziel haben.
2. **Externe Unterstützung und Exkursionen:** Politische Bildung sollte dabei auf die Erfahrungen anerkannter Träger der politischen Jugendbildungsarbeit zurückgreifen und deren Konzepte verstärkt in den Schulalltag integrieren. Ein solches Konzept muss ebenso darauf achten, dass die Schülerinnen und Schüler in Kontakt mit den außerschulischen Akteurinnen und Akteuren des öffentlichen demokratischen Lebens kommen.

Jost Beilken,  
Monique Troedel und Fraktion Die Linke